

3544/AB XXI.GP

Eingelangt am: 02.05.2002

BM für Wirtschaft und Arbeit

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 3640/J betreffend Finanzierungssicherheit für Forschungsförderung, welche die Abgeordneten Grünwald, Freundinnen und Freunde am 20. März 2002 an mich richteten, stelle ich fest:

Einleitend ist zu bemerken, dass die Budgetangelegenheiten des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) in die Kompetenz des Herrn Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie bzw. Fragen betreffend den Bereich der Grundlagenforschung in die Kompetenz der Frau Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Kultur fallen. Aus der Sicht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit können die Fragen lediglich in Bezug auf eigene Förderungsprogramme und Tätigkeitsbereiche beantwortet werden:

Antwort zu Punkt 1 der Anfrage:

Die Anhebung der Forschungsquote auf 2,5% des BIP bis zum Jahr 2005 bedarf erheblicher Anstrengungen sowohl seitens der öffentlichen Hand als auch der Industrie, deren Anteil an den Forschungsausgaben noch immer unter dem EU-Durchschnitt liegt. Die Programme des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit zielen daher darauf ab, durch optimale Ressourcenallokationen einen hohen Anteil an privaten Forschungs- und Entwicklungs- (F&E-) Aufwendungen zu induzieren. Im Jahr 2002 habe ich einen zusätzlichen Betrag von € 7,267 Mio. für Forschungs- und

Entwicklungsvorhaben durch Umschichtungen im Ressortbudget zur Verfügung gestellt.

Antwort zu Punkt 2 der Anfrage:

Um die notwendige Steigerung der Forschungsaufwendungen der Unternehmen zu erreichen, stehen Maßnahmen mit ausgeprägter Hebelwirkung in den Technologieprogrammen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit im Vordergrund, wie beispielsweise die Kompetenzzentren, die kooperativen Forschungseinrichtungen, die Christian-Doppler-Labors oder die Impulsprogramme, die nachhaltig die Forschungs- und Innovationsleistungen des privaten Sektors anheben. Diese Programme tragen auch wesentlich dazu bei, die Kooperationskultur zwischen Universitäten oder generell der Forschung und der Wirtschaft nachhaltig zu verbessern. Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt ist die Forcierung von Neugründungen technologieorientierter Unternehmen, um die Basis an forschenden Betrieben nachhaltig zu verbreitern. Nur so kann es gelingen, die F&E-Quote über den europäischen Durchschnitt anzuheben.

Antwort zu den Punkten 3 bis 8 der Anfrage:

Wie bereits einleitend erwähnt, fällt die Beantwortung dieser Fragen nicht in die Zuständigkeit des BMWA.